

# **Protokoll der Generalversammlung vom 20. August 2009**

---

Ort: Zürich, Zentrum Karl der Grosse  
Zeit: 19.30-22.00 Uhr  
Sitzungsleitung: Jeanine Kosch, Philipp Maurer  
Protokoll: Ulla Blume  
Anwesend: 53 Mitglieder

---

## **1. Begrüssung**

Jeanine begrüsst die Anwesenden und lässt folgende Personen entschuldigen:

Samuel Spahn, Kathrin Näf, Urmi Mischler, Max Homberger, Daniel Leupi, Balthasar Glättli, Marlies Bänziger, Nadine Calislar, Fahrettin Calislar, Sandra Wilhelm, Maria Rohweder

---

## **2. Begrüssung und Traktandenliste**

Die Traktandenliste wird nicht geändert oder ergänzt.

---

## **3. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 6. April 2009**

Das Protokoll wird ohne Korrekturen genehmigt.

---

## **4. Mitteilungen aus Vorstand, Fraktion und Partei**

### **Abstimmungsparolen 27. September 2009**

- NEIN zur Volksinitiative «Für eine faire und ausgewogene Verteilung des Fluglärms um den Flughafen Zürich» (Verteilungsinitiative), die höchstens zu mehr Flugbewegungen führen würde.
- JA zu den beiden Kirchenordnungen der reformierten und der katholischen Kirche: Sie enthalten u.a. das AusländerInnen-Stimmrecht und das Wahlalter 16 (reformierte Kirche).

### **Partei**

- Die ÖV-Initiative des VCS läuft weiter. (Sie fordert eine faire Verteilung des Reinertrags der Treibstoffsteuer zwischen der Strasse und dem öffentlichen Verkehr. Mit diesen finanziellen Mitteln soll der öffentliche Verkehr ausgebaut und höhere Tarife vermieden werden.) Es gilt, noch möglichst viele Grüne Unterschriften zu sammeln, Bögen haben wir mitgebracht.

- Die Arbeit an unseren drei Grundlagenpapiere (zu den Themenkreisen Ökologie, Ökonomie und Soziales) geht voran. Das Ökologie-Papier wurde vom Vorstand am 17. August verabschiedet und wird den Sektionen bald zur Verfügung gestellt. Die beiden anderen Papiere sollen an der kommenden Vorstandssitzung (21. September) abschliessend diskutiert werden.
- Die Vorbereitungen der Wahlen 2010 sind in den meisten Gemeinden schon richtig angelaufen und wir arbeiten auch auf kantonaler Ebene daran. Momentan laufen die ersten Fototermine, mehr zum Auftritt sehen wir später.
- Nach wie vor beteiligen wir uns an vielen Vernehmlassungen, momentan z.B. zum SIL-Prozess, zum Gastgewerbegesetz (Nichtrauchen) und zum Berufsauftrag der Lehrpersonen. Zur letztgenannten Vernehmlassung führen wir am 31. August eine partei-interne Diskussionsveranstaltung durch. (31.8.2009, 18:30 Uhr, CEVI Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, 8001 Zürich, Raum «London»)

#### **Fraktion: Ralf Margreiter**

- Das Hauptthema sind momentan die Kantonsfinanzen. Der konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) zeichnet ein sehr schwarzes Bild, jetzt muss das Parlament das Beste daraus machen.
- Energie-Initiative (2006 lanciert) hat einen Gegenvorschlag bewirkt, mit dem wir zufrieden sein können: Der Förderkredit des Kantons wird auf 8 Mio. ausgedehnt. Nun sind wir bereit, die Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurückzuziehen.

#### **Nationalrat: Bastien Girod**

- Demnächst findet in der Nationalrats-Fraktion die Diskussion zur Bundesratsnachefolge statt: Wollen wir eine eigene Grüne Kandidatur oder eine strategische Unterstützung einer FDP-Kandidatur? → Zürcher Vorstand ist gegen Grüne Kandidatur.
- Es gibt einen Gegenvorschlag zu Klima-Initiative (CO<sub>2</sub>-Gesetz, geht zu wenig weit).
- Ein indirekter Gegenvorschlag zur Offroader-Initiative wird im Winter kommen.
- Das BAZL macht eine Revision der Flugverkehrsordnung, dabei geht es u.a. um Emissions-Trading. Evtl. will die Lufthansa einige Flüge in die Schweiz nehmen.

#### **Junge Grüne: Matthias Probst**

- Am Samstag, 22. August 2009, führen die Jungen Grünen eine Modenschau mit Bio- und Fairtrade-Mode durch, alle sind herzlich eingeladen: ab 14 Uhr beim Helmhaus.
- Demnächst findet ein Weekend für Zukunfts- und Strategieplanung statt.

---

### **5. Wahl der StimmenzählerInnen**

Lilith Hübscher und Peider Filli werden stillschweigend als StimmenzählerInnen gewählt.

---

## **6. Nachwahl Vorstand: Markus Bosshard, Bezirk Meilen**

Marcus Bosshard, 40, wohnt in Meilen und ist Präsident der dortigen Ortspartei.

Beschluss:

Markus Bosshard wird per Akklamation in den Vorstand gewählt.

---

## **7. Varia**

### **Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten**

Am 29. November 2009 wird über die GSOA-Initiative zum Verbot von Kriegsmaterial-Exporten abgestimmt. Wir Grünen werden Mitglied im Regionalkomitee für ein JA zu dieser Initiative. Nun müssen wir das Thema unter die Leute bringen, mit Flyern, Podien etc. Freiwillige sollen sich bitte bei Andreas Kyriacou oder beim Sekretariat melden. Der Link zur Kampagnenseite: [www.kriegsmaterial.ch](http://www.kriegsmaterial.ch)

### **Nächste MV**

Das Datum der nächsten Mitgliederversammlung wird demnächst von der Geschäftsleitung beschlossen und dann kommuniziert.

Jeanine Kosch schliesst die Sitzung um 19.50 Uhr.

---

## **Wahlauftritt der Grünen im Kanton Zürich**

**Präsentation: art.I.schock**

Siehe Präsentation

---

## **Wirtschaftssituation des Kantons Zürich**

**Rede Philipp Maurer, Co-Präsident Grüne Kanton Zürich**

Liebe Grüne

Was mit einer Krise in der Finanzwelt angefangen hat, hat sich in wenigen Monaten zu einer Multikrise gewandelt. Wir stehen mitten in einer Rezession, haben steigende Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen, lesen täglich von immer leereren Auftragsbüchern und erleben Personalabbau in zahlreichen Firmen. Mit einer leichten Verzögerung schlägt die Krise nun ungedeutet auf die öffentliche Hand durch.

Anfang Juli präsentierte der Regierungsrat die Finanzperspektiven für den Kanton Zürich. Was die Grünen schon länger als Schönwetterprognose kritisiert hatten, erweist sich als bittere Tatsache. Der aktuelle Stand der Finanzplanung des Kantons weist im Jahr 2010 ein Defizit von 700 Millionen Franken und in den Folgejahren von über einer Milliarde Franken pro Jahr aus. Die Zahlen liegen um Hunderte von Millionen Franken neben dem, was vor genau einem Jahr noch präsentiert wurde. Ende 2008 wies der Kanton ein Eigenkapital von

2,9 Milliarden Franken und eine Verschuldung von 3,5 Milliarden aus. Der Schuldenberg wird massiv und schnell wachsen.

Der Konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan KEF 2010-2013 mit den konkreten Zahlen wird in den kommenden Wochen erwartet. Das sich abzeichnende Debakel ist die Quittung für die Zürcher Finanzpolitik der vergangenen Jahre. Die Politik der bürgerlichen Mehrheit wirkt sich in der aktuell schwierigen Wirtschaftslage fatal aus. Dem Kanton stehen keinerlei Mittel zur Verfügung, um auf die Misere zu reagieren. Gestalterischer Handlungsspielraum ist schlicht nicht vorhanden.

Die Wirtschaftskrise zeigt zwei Dinge in aller Deutlichkeit.

- Erstens: Die Steuergeschenke der vergangenen Jahre – bei Erbschafts- und Schenkungssteuer, Handänderungssteuer, Dividendenbesteuerung usw., aber auch beim Steuerfuss – haben das strukturelle Defizit wesentlich mitverursacht, unter dem die Kantonsfinanzen heute leiden. Auf der Spitze des Konjunkturzyklus wurden keine Reserven angelegt, sondern lediglich mehr oder weniger eine schwarze Null geschrieben. Das ist fahrlässig und Ausdruck verantwortungsloser Politik.
- Zweitens: Das Modell des mittelfristigen Ausgleichs entpuppt sich ausgerechnet dann, wenn es sich bewähren sollte – in der Krise –, als untaugliches Instrument. Beim ersten Härtetest muss die Regierung einsehen, dass der mittelfristige Ausgleich nicht eingehalten werden kann. Mit welchen politisch realisierbaren Mitteln der Regierungsrat diesen Ausgleich für die KEF-Periode 2010-2017 erreichen will, bleibt vorderhand ein Geheimnis.

Die Zürcher Regierung agierte bisher konzeptlos und betrieb Schönrederei. Immerhin ist dem Regierungsrat zugute zu halten, dass er angesichts der Wirtschaftslage von panischen Sparaufträgen Abstand nimmt.

Die Grünen begrüßen, dass damit ein Fehler vergangener Wirtschaftskrisen mindestens vorderhand nicht wiederholt wird. Auf erneute Sparpakete ist zu verzichten. Die Konjunktur soll nicht mit prozyklischem Handeln weiter abgewürgt werden. Ebenfalls indiskutabel sind pauschale Kürzungen über alle Verwaltungsbereiche.

Die Grünen fordern seit jeher längerfristige Strategien für eine nachhaltige Ausrichtung der Zürcher Wirtschafts- und Finanzpolitik – frei von Hektik und zielloser Betriebsamkeit. Wir dürfen an den Zürcher Finanzhaushalt keine unüberlegten Forderungen stellen und müssen uns selbst auch diszipliniert verhalten. Mit Sicherheit werden wir die konkreten Anträge der Regierung zu Budget und KEF im Herbst genau prüfen. Wir müssen aber fest damit rechnen, dass die Vorlage der Regierung bei weitem nicht reicht, das vorhandene strukturelle Defizit zu beseitigen.

Wir wollen Folgendes:

- Die Wirtschaftskrise erfordert einen tiefgreifenden Umbau der Zürcher Wirtschaft. Die Grüne Fraktion hat daher im Kantonsrat die Forderung nach einer Standortförderung deponiert, die sich strategisch an den Chancen der Green Economy und den Wachstumspotentialen eines Green New Deal ausrichtet. Der Energiebereich spielt hier eine Schlüsselrolle. Das EKZ verfügt immerhin über eine freie Reserve von CHF 1 Milliarden. Es gibt also Mittel, die eingesetzt werden können.
- Verzicht auf fragwürdige Investitionen. Grösster Investitionsbrocken ist das unnötige PJZ. Der Standort ist ideal für Startups und Kreativwirtschaft. Genau das muss in der Krise gefördert werden. Zu prüfen ist, ob auch auf andere, weniger grosse Projekte verzichtet werden könnte. Wollen wir langfristig etwas Gutes tun,

so müssen wir viel in Bildung investieren. Und das nicht nur in High-Tech, sondern auch in die allgemeine Weiterbildung und in die Förderung Geringqualifizierter.

- Die geplanten Steuersenkungen sind abzulehnen. Ausgenommen ist lediglich der Ausgleich der kalten Progression, der allen SteuerzahlerInnen zusteht – und der ausgerechnet vom Regierungsrat auf die lange Bank geschoben wird. Die von der Regierung («Vier gewinnt») und den bürgerlichen Parteien angepeilten Steuersenkungen für Wohlhabende würden das Loch in den kantonalen Finanzen in unverantwortlicher Weise vergrössern. Die Grünen engagieren sich deshalb vehement und federführend gegen die Vorlage zur Steuergesetzrevision, die nächstes Jahr zur Abstimmung kommt, und welche die Abschaffung der höchsten Progressionsstufe bezweckt. Nota bene: Der kantonale Steuerfuss wurde in den vergangenen 25 Jahren bereits um 25% gesenkt!

Wir müssen aber auch bereit sein, über Dinge zu diskutieren, die bis anhin nicht oder kaum diskutabel waren. Ich spiele hier auf den grössten Ausgabeposten des Kantons an, die Personalkosten. Nichts zu verhandeln gibt es bei den unteren Einkommensklassen. Aber Lohnmodelle, die sich stärker an den effektiven Kosten, die im Laufe eines (Arbeits-)Lebens anfallen, ausrichten, müssen thematisiert und geprüft werden.

Die Finanzierung des Strassenunterhalts der Gemeinden aus dem kantonalen Strassenfonds (zweckgebundene Mittel) eröffnet neue Spielräume im Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden.

Für eine neue Idee, wie die Einnahmenseite des Kantons verbessert werden kann, übergebe ich nun das Wort an Ralf Margreiter. Er informiert über das Projekt einer Nachlass-Steuer. Der Vorstand der Grünen Kanton Zürich hat beschlossen, diese Idee auszuarbeiten und die Lancierung einer Volksinitiative an die Hand zu nehmen.

---

## **Projekt «Nachlass-Steuer»**

### **Präsentation Ralf Margreiter, Kantonsrat Grüne**

Angesichts der Kantonsfinanzen ist eine Korrektur im finanz- und steuerpolitischen Bereich (der bürgerlichen Politik) dringend notwendig, wir wollen einen mittelfristig ausgeglichenen Kantonshaushalt. Dafür wollen wir nicht auf die Ausgaben- sondern auch auf die Einnahmenseite agieren. Dort wurde z.B. die direkte Erbschaftssteuer abgeschafft, aber auch andere Steuern, die nicht auf Einkommen beruhen. Das kostet den Kanton jetzt ca. 1 Mia. Franken jährlich. Dabei ist Erben keine Leistung. 10% des Volkseinkommen werden jährlich vererbt, 4.7% der Erbenden erhalten 60% der Erbschaften. Erbschaften erhält man in der Regel erst nach der Familien- oder Aufbauphase.

Beim Sanierungspaket 2004 waren wir Grünen für eine Erhöhung des Steuerfusses, das wäre damals das richtige Instrument gewesen, wir sind aber gegen die bürgerliche Mehrheit unterlegen. Dies hat wesentlich zur heutigen finanziellen Misere beigetragen. In der heutigen Situation darf es aber keine neue Belastung für das Einkommen der BürgerInnen wie eine Steuerfusserhöhung geben, das wäre kontraproduktiv. Wir müssen statt dessen eine einkommensunabhängige Erträge erwirtschaften.

Unsere Idee dafür ist eine Nachlass-Steuer: Sie stellt ein Umdenken der / eine Ergänzung zur Erbschaftssteuer dar. Die Kantonsregierung hatte die Nachlass-Steuer bereits im Sanierungspaket, hält sie aber für nicht umsetzbar und hat deswegen kapituliert. Dahinter steckt aber wohl eher die Angst vor dem Verlust politischer Akzeptanz. Eine

Nachlasssteuer gibt es z.B. in den Kantonen Graubünden und Solothurn.

Mit der Nachlasssteuer wird nicht das Erbe, sondern der Nachlass besteuert. Bei einem Todesfall wird der gesamte Nachlass automatisch erfasst. Bei dieser Erfassung könnte «automatisch» die Nachlass-Steuer abgezogen werde, der administrative Aufwand bliebe gering und die verbleibende Erbschaft könnte ohne weitere Abzüge unter den ErblInnen verteilt werden.

Die Nachlasssteuer wäre also

- Ein Beitrag zur Sanierung Finanzhaushalt.
- Eine sinnvolle Ergänzung oder ein Ersatz für die heutige Erbschaftssteuer.
- Eine gerechte Umsetzung (ein gewisser Ausgleich zwischen arm und reich).

Jetzt wollen wir prüfen, wie eine Nachlass-Steuer ausgestaltet werden kann. Dabei gibt es viele offene Fragen: die Höhe des Freibetrags (eher hoch gestalten), Ausgestaltung für Unternehmensnachfolgen, Liegenschaften etc., Ausgestaltung des Steuersatzes uvm.

Antrag:

Der Vorstand der Grünen Kanton Zürich beantragt der Mitgliederversammlung den Prüfungsauftrag für die Ausarbeitung einer Volksinitiative zur Einführung einer Nachlass-Steuer im Kanton Zürich. Die ausgearbeitete Initiative wird der MV wieder vorgelegt.

Diskussion:

Bela Gisin: Würde nationale Nachlass-Steuer nicht mehr Sinn machen? Damit es keine Probleme mit dem Steuerwettbewerb gibt. → Das wäre sicher sinnvoll, ist momentan aber eine Angelegenheit, keine eidgenössische. Im Hintergrund laufen aber Diskussionen.

Bastien Girod: Die Idee ist interessant, aber es gibt noch andere mögliche Projekte und Themen, bei denen wir mit dem Handeln der RR nicht zufrieden sind. Es wäre schön, wenn die MV zwischen 2 Projekten entscheiden könnte. → Weitere Ideen sind herzlich willkommen in AG.

Beschluss: Die MV erteilt der Parteileitung einstimmig den Auftrag für die Prüfung/Ausarbeitung einer Volksinitiative zur Einführung einer kantonalen Nachlass-Steuer.

## **Bedingungsloses Grundeinkommen für alle**

**Input: Bela Gisin (Junge Grüne), Streitgespräch mit Martin Graf (Stadtpräsident Illnau-Effretikon) und offene Diskussion**

Das Thema «Bedingungsloses Grundeinkommen für alle» ist im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Grundlagenpapiere wieder aufgekommen. Wie wollen wir uns hier positionieren?

Fast alle Anwesenden wissen, was bedingungsloses Grundeinkommen bedeutet, etwa die Hälfte hat Sympathien dafür, 4-5 Personen kennen den Film dazu:

<http://www.kultkino.ch/kultkino/besonderes/grundeinkommen>

Input Bela Gisin:

Die Zeit fürs bedingungslose Grundeinkommen ist überreif, es ist eine Utopie, die realpolitisch umsetzbar ist, und sie passt zum «Aufbruch», den die Grünen sich gerade für den Wahlkampf auf die Fahnen schreiben. Zudem ist das Grundeinkommen das beste Kon-

junkturpaket für die jetzige Krise. Das Grundeinkommen ist eine Investition in die Zukunft, die Familie, die Kinder.

Lebensstandard hat nicht nur mit Finanzen zu tun, sondern auch mit Sinn. Die Sinnkrise, in der unsere Gesellschaft sich befindet, ist schlimmer als Finanzkrise. Das Grundeinkommen ermöglicht die Frage: Was will ich eigentlich in meinem Leben machen? Und hilft so gegen die Sinnkrise.

Das Grundeinkommen ersetzt nicht alle Sozialleistungen, sondern nur die bis zur Höhe des Grundeinkommens ausgezahlten.

#### Replik Martin Graf:

Diskussionen zum Grundeinkommen wurden schon breit geführt. Tatsache ist, dass unsere Sozialwerke Probleme haben und diese zwischen sich hin und her schieben. Es gibt keine Entwicklung – und die Situation ist nicht gut. Eine Abschaffung der verschiedenen Sozialkassen und die Schaffung einer einheitlichen Kasse ist sicher gut – ein bedingungsloses Grundeinkommen heisst aber, dass es keinen Bedarfsnachweis gibt. Die Umsetzung wäre nur Schritt für Schritt möglich, wenn überhaupt.

Postulate:

1. Das bedingungslose Grundeinkommen reduziert die Einsatzbereitschaft und verleitet zum Parasitentum.

Das heisst nicht unbedingt gar nicht zu arbeiten, sondern weniger. → Das ist die Stärke des Grundeinkommens und führt dazu, dass man nicht unter unwürdigen Arbeitsbedingungen arbeiten muss. Viele machen heute ihren Job aus Verlustangst und wehren sich nicht. Auch mit 2'500 Franken Grundeinkommen werden die meisten noch arbeiten wollen, aber in entspannterem Verhältnis. Das Grundeinkommen stärkt also Position von ArbeitnehmerInnen gegenüber ArbeitgeberInnen. Auch heute wird schon viel Einsatz ohne Arbeitsverhältnisse geregelt (z.B. Hausfrau) – die meisten Menschen wollen keine Parasiten sein. → Der Unterschied zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit soll aufgehoben werden. Zusätzliches Arbeiten soll Spass machen. Ehrenamtliche Arbeit wäre so anerkannt, und durch andere Erwerbstätigkeit ermöglicht. → ArbeitgeberInnen müssen keine Vollarbeit mehr garantieren und freuen sich. Aber Sozialprestige kommt von der Arbeit, wenn viele nicht arbeiten, funktioniert das nicht mehr.

2. Das bedingungslose Grundeinkommen verlagert die Arbeitsbereitschaft in bequemere Berufsfelder mit höherem Verdienst.

→ Was sind denn die bequemeren Berufsfelder? Heute arbeiten viele nicht dort, wo sie wollen. Für «Drecksarbeit» wird schlechter Lohn gezahlt. Das wird sich mit dem Grundeinkommen ändern, dann spielt der Markt. → Zwingt das Grundeinkommen die ArbeitgeberInnen zu anständigeren Bedingungen – der kommen einfach mehr ImmigrantInnen? → Es gibt viele Menschen, die gern harte oder so genannte «Drecks»-Arbeit machen. → Lohndumping ist eine grosse Gefahr, denn das Grundeinkommen reicht nicht zum Leben. Man braucht also ohnehin einen Job, profitieren werden die ArbeitgeberInnen. Dann braucht es wieder flankierende Massnahmen. → Der Betrag fürs Grundeinkommen muss so hoch sein, dass man auch ohne Erwerbsarbeit leben und an der Gesellschaft teilnehmen kann. Vollbeschäftigung wird in Zukunft nicht mehr möglich, mit Grundeinkommen arbeiten die Menschen, die wollen – im Gegensatz zu heute. Selbstverwirklichung findet nicht nur über die Arbeit statt, das Grundeinkommen ermöglicht sie auch anderweitig. → Die Gewerkschaften sind gegen das Grundeinkommen, weil es den

Kampf um die Vollbeschäftigung und anständige Löhne verhindert.

3. Das bedingungslose Grundeinkommen führt zu einer verstärkten Einwanderung und fördert nationalistische Tendenzen.

Ab wann kommen ImmigrantInnen in den Genuss eines Grundeinkommens? Realpolitisch kann das Grundeinkommen fast nur in einem europäischen/globalen Kontext umgesetzt werden. → Das Nationalismus-ImmigrantInnen-Problem haben wir heute schon! Vorstellbar wäre Personenfreizügigkeit zwischen allen Ländern, die auch ein Grundeinkommen haben. → In einigen europäischen Staaten gibt es ein bedingungsloses (tiefes) Grundeinkommen. Das hat nicht zu mehr ImmigrantInnen geführt.

4. Finanzierung

Das Grundeinkommen müsste über Steuern, die MWSt oder das Erwerbseinkommen finanziert werden. Das führt zu einem Almosensystem. → Die Kässeli-Argumentation ist SVP-Stil und gefährlich, das Sozialversicherungssystem wird ausgehöhlt. → Der ursprüngliche Gedanke ist sozial, aber wird wirklich denen geholfen, die es brauchen? Sind wir bereit mehr Steuern zu bezahlen? Es bekämen auch viele Geld, die es gar nicht brauchen. Ist Leistungsgerechtigkeit besser: Wer mehr für Gesellschaft leistet, soll auch mehr bekommen? → Das Grundeinkommen betrüge nicht weniger als die heutige Sozialhilfe. Viele leben heute schon in prekären Arbeits- und Lebenssituationen. Wir brauchen Zusammenarbeit statt Wettbewerb.

Ohne Bedarfsnachweis ist das Grundeinkommen nicht finanzierbar, mit Bedarfsnachweis sind wir bald wieder beim heutigen System, bestenfalls mit nur einer Kasse. → Volkswirtschaftlich macht es keinen Unterschied, es gibt einen Kuchen, der verteilt werden kann, aber welches Modell ist realpolitisch umsetzbar. Es gibt genügend VolkswirtschaftlerInnen, die es für finanzierbar halten. Bisher gab es immer eine Umverteilung von unten nach oben, das soll umgekehrt werden. → Nicht jede Vereinheitlichung von Versicherungssystemen ist fortschrittlich.

Fazit: Die Diskussion ist wichtig. Kann die Idee «Grundeinkommen» funktionieren, und wie? Auch eine negative Einkommenssteuer wäre ein gutes Modell, es geht um die Umwertung von Arbeit, die heute nur über den Lohn definiert wird.

## Bedingungsloses Grundeinkommen

### Grundlage:

- Grundeinkommen:
- über 19 Jahre: 2500.- Fr. pro Person
  - bis 19 Jahre: 500.- Fr. im Mittel (altersabgestuft)
- Ziel: Ersatz von
- AHV
  - IV
  - ALV
  - Ergänzungsleistungen
  - Gesetzliche Wirtschaftliche Hilfe
- Bedarfsnachweis:
- keine Anforderung



MV vom 20.8.2009 Martin Graf

1

## Bedingungsloses Grundeinkommen

### Beurteilung

- Sinnvoll ist:
- Zusammenlegung Sozialkasseli
  - Vereinheitlichung Bedingungen
- Aber:**
- **kein Verzicht auf Bedarfsnachweis!**

### **Warum?**



MV vom 20.8.2009 Martin Graf

2

## Bedingungsloses Grundeinkommen

---

### Postulat 1

Das bedingungslose Grundeinkommen reduziert die Einsatzbereitschaft und verleitet zum Parasitentum.

### Postulat 2

Das bedingungslose Grundeinkommen verlagert die Arbeitsbereitschaft in bequemere Berufsfelder mit höherem Verdienst.

### Postulat 3

Das bedingungslose Grundeinkommen führt zu einer verstärkten Einwanderung und fördert nationalistische Tendenzen.



MV vom 20.8.2009 Martin Graf

3

## Bedingungsloses Grundeinkommen

---

### Postulat 4

Das bedingungslose Grundeinkommen hemmt die Innovation. Es entsteht eine Rentnermentalität.

### Postulat 5

Vom System profitieren selbst Reiche und Superreiche, die dies gar nicht benötigen.

### Postulat 6

Das bedingungslose Grundeinkommen ist nicht finanzierbar.



MV vom 20.8.2009 Martin Graf

4

## Bedingungsloses Grundeinkommen

### Modellrechnung Illnau-Effretikon

Einwohner:	15'620 (19 % <20, 64 % 20-65, 17 % > 65)
IV-BezügerInnen	5.3 %
Zusatzleistungs-BezügerInnen	2.86 %
Sozialfälle	2.22 %
Erwerbslose	2.43 %
AHV-BezügerInnen	17.0 %
Gesamteinkommen ca.	780 Mio.
Einkommensteuern total	93 Mio. (Stadt, Kanton, Bund)



MV vom 20.8.2009 Martin Graf

5

## Bedingungsloses Grundeinkommen

### Modellrechnung Illnau-Effretikon

Kosten bedingungsloses Grundeinkommen	396 Mio. Fr.
abzüglich AHV, IV, ALV, ZL, Sozialhilfe	-101 Mio. Fr.
abzüglich 20 % Administrationskosten	- 20 Mio. Fr.
<b>Finanzierungslücke</b>	<b>276 Mio. Fr.</b>
<b>pro EinwohnerIn</b>	<b>17'700 Fr.</b>

### Finanzierung (Abschätzung)

Nur Einkommenssteuern	+ 300 %
Nur Mehrwertsteuer (Satzerhöhung von 7.6 → 76 %)	+ 900 %



MV vom 20.8.2009 Martin Graf

6

# Bedingungsloses Grundeinkommen

---

## Postulat 7

Die Finanzierung über Einkommenssteuern ist eine politische Illusion, die Finanzierung über die Mehrwertsteuer ein Schwanzbeisser.

## Postulat 8

Das bedingungslose Grundeinkommen eliminiert Tausende von Stellen im Sozialbereich.

## **Fazit**

**Grundeinkommen ja, aber nur mit Bedarfsnachweis!!**